

# PINNEBERG aktuell

Newsletter der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Ausgabe 2/Jahrgang 2014

[www.cdu-kreistag-pinneberg.de](http://www.cdu-kreistag-pinneberg.de)

## EDITORIAL

Liebe Parteifreunde,



*Heike Beukelmann*

Unser Wohlstand und unser freiheitlich demokratisches Staatswesen basieren auf der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Den Reichtum unserer Gesellschaft sollten wir nicht allein in Geld messen. Er erwächst zu einem großen Teil aus Menschen, die Probleme selbst anpacken, die nicht darauf warten, dass andere oder der Staat sie lösen. Wir sind auf sie angewiesen, weil sie der Gemeinschaft ihre Zeit, ihre Tatkraft, gute Ideen und oft auch sehr viel Erfahrung schenken. Und wir brauchen jeden Kopf und jede Hand für die Bewältigung der vielen wichtigen Aufgaben, die von freiwilliger Mithilfe abhängig und ohne das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort kaum realisierbar oder vorstellbar wären. Fast jeder Dritte in Schleswig-Holstein ist heute bürgerschaftlich engagiert.

Über Jahre hinweg hat sich auch bei uns im Kreis Pinneberg eine Ehrenamtskultur entwickelt, die sich in einer Vielzahl von Organisationen und Initiativen manifestiert und auf die wir stolz sein dürfen. Sie ist Zeichen von Gestaltungskraft, Tatendrang, Entschlossenheit und Kreativität der Bürgerinnen und Bürger, die aus eigenem Antrieb etwas bewegen wollen.

Ehrenamtlichkeit bedarf aber auch der Anerkennung und der Würdigung, und es gilt, solch freiwilliges Engagement durch öffentlichen Dank und Anerkennung aufzuwerten. Diese Aufgabe wird seit über 10 Jahren in vorbildlicher Art und Weise von unserem Kreispräsidenten wahrgenommen. Mit dem Respekt und der Wertschätzung, die die Geehrten verdient haben, hat er über die Jahre zahlreiche Ehrenamtler - auch mit Nadeln des Kreises Pinneberg - ausgezeichnet.

In vier Wochen startet wieder die Deutschland weit größte Spendenaktion für schwerstkranke Kinder. Wie müssen sich die zahllosen ehrenamtlichen Helfer angesichts der öffentlich geführten unsäglichen Diskussion um die „Goldene Nadel“ fühlen, die „Appen musiziert“-Initiator Rolf Heidenberger im vergangenen Jahr erhalten hat? Der Kreispräsident habe sie ihm „eigenmächtig“ und „selbstherrlich“ – ohne Einbeziehung der Fraktionen und ohne Wissen des Landrats überreicht, wird behauptet. Wie muss dies auf all die Ehrenamtler der vergangenen Jahre wirken? In dem Bewusstsein, dass die Kreisordnung des Landes Schleswig-Holstein diese Repräsentationsaufgaben dem Kreispräsidenten und dem Landrat zuweist, hat der Kreispräsident es immer für wichtig und richtig erachtet, dem Ehrenamt die Anerkennung zukommen zu lassen, die es verdient hat. Ihm ging es immer um gerechte Würdigung solcher verdienter Menschen.

Auch die anderen Fraktionen hat er dabei mit einbezogen. Schon vor mehr als acht Jahren hatte der Ältestenrat ausweislich des Protokolls vom 26.10.2005 keine Bedenken gegen die Idee des Kreispräsidenten, Ehrungen mit der Eintragung in das Bürgerbuch des Kreises und einer Ehrennadel vorzunehmen. Auch, dass er Ehrungen beim Helfer- und Retterempfang im Dezember 2013, bei dem Hiltraud Ritter und ich für die CDU anwesend waren, vornehmen wollte, war mit allen Fraktionsvorsitzenden abgestimmt. Die Differenzierung zwischen silbernen und goldenen Nadeln war mit dem Landrat abgestimmt. Dies hat er sogar Herrn Birke in der Beantwortung dessen Anfrage schriftlich bestätigt. Was die wenigsten wissen - nicht der Kreispräsident, sondern der Landrat selber hat Rolf Heidenberger die Nadel angesteckt, während der Kreispräsident die Urkunde verlesen hat. Vor diesem Hintergrund zu bezweifeln, ob es überhaupt eine Ehrennadel gibt, muss wie ein Schlag ins Gesicht aller bisher Ausgezeichneten wirken.

Deshalb muss die Diskussion endlich durch Klärung von höherer Stelle beendet werden. Ich begrüße es, dass der Kreispräsident den Innenminister als Kommunalaufsicht um eine Entscheidung gebeten hat. Ich begrüße es auch, dass er sich dafür einsetzen will, Richtlinien zu schaffen, damit künftig nicht mehr Kreispräsident und Landrat allein über Ehrungen entscheiden müssen. In der erwähnten Ältestenratssitzung 2005 hatte er Richtlinien vorgeschlagen, war jedoch am Widerstand genau derer gescheitert, die heute kritisieren, dass nichts geregelt ist.

Der Kreispräsident hat angekündigt, sich bei allen Geehrten zu entschuldigen, sollte der Innenminister feststellen, dass er rechtswidrig gehandelt habe. Im anderen Falle wird aber auch eine Entschuldigung derer fällig, die diese Diskussion losgetreten haben.

*Ihre Heike Beukelmann*  
Fraktionsvorsitzende

## Land kürzt Zuschüsse für Schwerbehinderte im ÖPNV

Die CDU-Kreisfraktion kritisiert die Reduzierung des Ausgleiches des Landes für die kostenlose Beförderung von Schwerbehinderten im ÖPNV und fordert die Landesregierung auf, den bisherigen Standard beim Ausgleich zu belassen.

Kürzlich wurde der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr darüber unterrichtet, dass die Landesregierung die sogenannte Durchführungsbestimmung für den Schwerbehindertenausgleich im ÖPNV in aller Stille geändert hat.

Diese in aller Stille durchgeführte Änderung stellt eine erhebliche Verschlechterung im Schwerbehindertenausgleich beim ÖPNV für



Jörn Kruse

den Kreis Pinneberg dar und führt letztlich einmal mehr zu einer durch das Land verursachten zusätzlichen Belastung des Kreises.

„Es ist nicht zu verstehen, dass dem Kreis Pinneberg trotz Rettungsschirm weitere Kostenbelastungen durch das Land

aufgebürdet werden“, sagt der verkehrspolitische Sprecher, Jörn Kruse (CDU). Die Landesregierung sage, sie wolle den ÖPNV stärken. „Dann muss Sie aber auch so ehrlich sein und sagen, dass sie dies auf Kosten anderer machen will“, so Kruse.

Die CDU möchte auch in Zeiten knapper Kassen den Standard des ÖPNV im Kreis Pinneberg halten und möglichst optimieren. Wenn das Land dem Kreis aber in den Rücken falle und zusätzliche Hürden durch zusätzliche Kosten in den Weg stelle, dann sei dies schwer durchführbar. Darum dürfe sich das Land nicht aus seiner Verantwortung stellen.

KS

## Kooperative Rettungsleitstelle - Arbeitsgruppe eingerichtet

Im Kreistag wurde der von der CDU initiierte Antrag zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Bau der Kooperativen Rettungsleitstelle West in Elmshorn beschlossen.

Ziel dieser Arbeitsgruppe ist die intensive Befassung mit dem Neubau der kooperativen Rettungsleitstelle. Besetzt wird die Arbeitsgruppe mit je einem Vertreter aller im Kreistag vertretenden Fraktionen und dem Vertreter der fraktionslosen KWGP.

Der Neubau der Kooperativen Rettungsleitstelle West in Elmshorn stellt die Politik vor enorme Aufgaben, da der Zeitplan eng ist. Es gibt noch keine exakte Kostenschätzung.

Aufgrund der guten Erfahrungen, die man mit



Thorben Langhinrichs

der seinerzeit eingerichteten Lenkungsgruppe für die Kreisberufsschule Pinneberg gemacht hat, will man diese Erfahrungen adaptieren und den Bau der Rettungsleitstelle ebenfalls zu einer Erfolgsgeschichte machen.

Thorben Langhinrichs, der für die CDU an der Arbeitsgruppe teilnehmen wird, sagt: „Es hat sich noch nie ausgezahlt, qualitativ unterwertig zu bauen. Die Folgekosten sind meist höher als die Erstinvestition.“

KS

## Richtfest Kreisberufsschule Pinneberg



v.l.n.r.: Fa. Züblin, Mark Falk, Schulleiter Peter Behre, Kerstin Seyfert (CDU) und Landrat Oliver Stolz

Am 27. März 2014 war es soweit: Der Richtkranz schwebte über dem Rohbau des ersten Bauabschnittes der neuen Kreisberufsschule Pinneberg.

Die Neugestaltung der Kreisberufsschule nimmt Gestalt an. „Der Richtkranz ist das sichtbare Zeichen, dass dem Kreis Pinneberg junge Menschen und ihre Bildung am Herzen liegen. Bis zum Sommer 2015 wird hier die modernste Berufsschule in Schleswig-Holstein entstehen - für 3.600 Schüler und 140 Lehrkräfte“, so Kerstin Seyfert (CDU), Vorsitzende des Bildungsausschusses im Kreis. Rund 24 Millionen Euro wird der Kreis Pinneberg in die Maßnahme investieren.

Ein großer Dank geht an die Firma Züblin mit ihren Mitarbeitern. Der Bauzeitplan wird eingehalten. Und das ist keine Selbstverständlichkeit bei einem Bau solchen Volumens.

Zum nächsten Schuljahr ist der erste Bauabschnitt bezugsfertig und es folgt der Abbruch des zweiten alten Schulgebäudes. Die komplette Fertigstellung ist zum dritten Quartal 2015 geplant.

KS

## Wer ist...

### Dr. Veit Ghiladi

Liebe Leserinnen und Leser!

Mein Name ist Dr. Veit Ghiladi, verheiratet und wohne seit 1986 in Moorrege. In der CDU bin ich seit 1989.

Politisch war ich Mitte der Neunziger Jahre als bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Jugend und Soziales sowie im Bauausschuss unserer Gemeinde tätig, bevor ich in den Technik Stab des Vorstandes eines Automobilherstellers nach Stuttgart einberufen wurde und daher diese Aufgaben nicht mehr



Dr. Veit Ghiladi

wahrnehmen konnte.

Mein familiärer Mittelpunkt blieb aber weiterhin in Moorrege. In 2006 beendete ich mein aktives Berufsleben, übernahm dann im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums für ein Jahr die Leitung eines EU-Projektes in Litauen und war danach als Berater für diverse EU-Projekte im Ausland tätig.

Seit den letzten Kommunalwahlen in Mai 2013 verrete ich als direkt gewählter CDU-Kreis-

tagsabgeordneter die Interessen von fünf Gemeinden und Wahlbezirken in meinem Wahlkreis. Diese sind Groß Nordende, Heidgraben, Heist, Moorrege, Neuendeich sowie drei Wahlbezirke von Uetersen.

Im Kreistag bin ich Mitglied im Finanzausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Des Weiteren bin ich stellvertretendes Mitglied im Landkreistag und Aufsichtsratsmitglied der WEP Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft des Kreises Pinneberg.

Mit meiner Arbeit im Kreistag möchte ich dazu beitragen, die bisher erfolgreiche Konsolidierung der Finanzen im Kreis Pinneberg und den damit einhergehenden Abbau von Schulden fortzusetzen. Hierbei stellen steigende Sozialausgaben auf der einen Seite und die sachlich unbegründete Senkung von Finanzmitteln für Landkreise und Gemeinden durch die Landesregierung auf der anderen Seite eine besondere Herausforderung dar, die wir zu meistern haben.

Laut einer Studie des Magazins FOCUS MONEY ist der Kreis Pinneberg der erfolgreichste Landkreis in Schleswig-Holstein. In ihrer Studie von 2009 stellt die INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) fest, dass unsere Unternehmen die höchste Produktivität in Schleswig-Holstein haben. Für uns bedeutet das nicht, sich ruhig zurückzulehnen, sondern sich noch mehr anzustrengen, damit wir diesen Vorsprung weiterausbauen. Dazu müssen wir die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so gestalten, dass nicht nur die hier ansässigen Unternehmen sich weiterentwickeln können, sondern sich auch neue Unternehmen bei uns ansiedeln.

Deshalb sind der Abbau von Bürokratiehürden zum Wohle von besseren Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft, Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen sowie kurze Entscheidungswege, beschleunigte Genehmigungsverfahren und optimierte Verwaltungsprozesse nur einige Überschriften für die weiteren Ziele meiner Arbeit im Kreistag. Denn die Nachhaltigkeit und eine zukunftsorientierte, faire Familienpolitik sowie ausgewogene Generationengerechtigkeit haben für mich und meine Kollegen Priorität.

Insofern bin ich gemeinsam mit der Mehrheit der Kommunalpolitiker in Schleswig-Holstein der festen Überzeugung, dass die Politik der Landesregierung, die den Kreisen und Gemeinden die zustehenden Finanzmittel erheblich zugunsten von überschuldeten kreisfreien Städten einschränkt, falsch ist. Durch die Politik dieser Landesregierung werden erhebliche Einschnitte bei den Kreisen zu verzeichnen sein. Weiterhin ist auch der Abbau von Bürokratiehürden zum Wohle von besseren Entwicklungsmöglichkeiten für die Land-

wirtschaft, Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen eines meiner Ziele für die nächsten Jahre.

*Dr. Veit Ghiladi*

## **Abgeordnetenwort...**

### Verantwortungsvolles finanzielles Handeln gefordert

Für die Gestaltung unseres Zusammenlebens durch die Politik sind Mehrheiten notwendig. Seit der Kommunalwahl im Mai 2013 ist die CDU mit 20 Sitzen im Kreistag zwar stärkste Kraft, hat aber zusammen mit der FDP keine Mehrheit mehr. Das heißt, dass SPD und Grüne, auch im Verbund mit der kleineren FDP, wenn es ihr opportun erscheint, durch entsprechende Beschlüsse, insbesondere die solide Finanzpolitik verlässt.



*Manfred Kannenbäumer*

Als Beispiel sei auf die Bezuschussung des EMTV zulasten von Straßenunterhaltung und Straßenneubau verwiesen. Da werden mal eben 700.000€ zu Lasten des Haushalts verschoben, obwohl eine solidere Finanzierung im Rahmen des bestehenden Haushalts möglich war, wie von der CDU vorgeschlagen und mit den Verantwortlichen des Vereins abgesprochen. Das lässt für die Zukunft mit diesen Mehrheiten für die Finanzen des Kreises noch einiges erwarten.

Und ja, das neue FAG, das kürzlich in den Landtag eingebracht wurde, das den Kreis mal soeben 3,5 Millionen Euro an Finanzkraft entzieht, obwohl das Land den Kreis Pinneberg ausdrücklich wegen seiner Unterfinanzierung zusätzlich mit 2,1 Millionen Euro Konsolidierungshilfe unterstützt. Dadurch wird der ganze Widersinn der neuen Regelung deutlich.

Und was tut die SPD-Kreistagsfraktion, die sich ihrer Einflussmöglichkeiten auf die Landesregierung rühmt? Sie hält die Absicht, die Kreise zugunsten der kreisfreien Städte zu schröpfen für gerecht und verlässlich, abgesehen

von der Finanzlücke im Kreishaushalt, damit auch die Solidarität der Landkreise, wohl um den eigenen SPD-Innenminister zu schonen.

Sollte das FAG in der vorliegenden Fassung Gesetz werden, wird das Ergebnis sein, dass unsere Haushalte ab 2015 defizitär sind. Das wird nur durch Einsparungen bei freiwilligen Leistungen aufzufangen sein. Daneben wird die CDU auf weitere Einsparungen im Verwaltungsvollzug durch Aufgabenkontrolle und Aufgabenkritik, Zusammenlegung von gemeinsamen Aufgaben von Kreis und Gemeinden, z. B. Vollstreckung, Kassen- und Rechnungswesen, Überwachung des ruhenden Verkehrs, Straßenunterhaltung u.ä. hinwirken. Der Zweckverband „Kommunit“ kann als gelungenes Beispiel für eine gemeinsame Aufgabenerfüllung gelten.

Das alles wird notwendig sein, da die Erhöhung der Kreisumlage für die CDU ausscheidet. Wir haben schon jetzt die höchste in Schleswig-Holstein.

Deshalb sollten auch SPD und Grüne auf Ihre Regierung und Ihre Fraktionen im Landtag einwirken, dass dieser unsinnige Gesetzentwurf so nicht Gesetz wird. Sonst werden wir bei jeder schmerzhaften Kürzung, die unsere Bürger treffen, auf die Ursache durch das durch ihre Regierung und ihre Mehrheit im Landtag verabschiedete FAG hinweisen müssen. Und unsere Bürger werden über den Tag hinaus nicht vergessen, wer diese Ursachen zu verantworten hat.

*Manfred Kannenbäumer*  
Stellv. Fraktionsvorsitzender

*Wir wünschen allen unseren Lesern  
ein gesegnetes Osterfest im Kreise  
Ihrer Familien!*

## Impressum

### **Herausgeber:**

Der Vorstand der CDU-Fraktion im  
Pinneberger Kreistag

### **Redaktion und Produktion:**

Kerstin Seyfert

### **Redaktionsadresse:**

CDU-Kreisgeschäftsstelle  
Lindenstrasse 19 • 25421 Pinneberg  
Tel.: 04101 / 22927

Fax: 04101 / 591761

Email: newsletter@cdu-kreistag-  
pinneberg.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de

**Fotos:** CDU